

Sessionsvorschau auf einen Blick

Herbstsession 2019 | 09. – 27. September

Die *plattform* vertritt die gemeinsamen politischen Interessen von Angestellte Schweiz, des Kaufmännischen Verbandes, der Schweizer Kader Organisation SKO, der Zürcher Gesellschaft für Personal-Management (ZGP) und veb.ch, dem Schweizer Verband für Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen, gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Zusammen vertreten diese Verbände die Anliegen von rund 88'000 Mitgliedern in bildungs-, wirtschafts- und angestelltenpolitischen Themen. Ziel ist es, übergeordnete politische Interessen zu bündeln und konsensorientierten und kompromissfähigen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen.
kfmv.ch/plattform

Vorschau im Überblick

STÄNDERAT		EMPFEHLUNG
09.09.2019	19.3946 Neubehandlung der Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» im Parlament	Ablehnung
12.09.2019	19.3738 Für einen modernen und flexiblen Elternurlaub	Ablehnung
16.09.2019	18.034 Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)	Ablehnung
17.09.2019	19.3746 Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Sicherheit des Landes: Rückweisung des institutionellen Rahmenabkommens an die EU	Ablehnung
	12.414 Herauslösung der technischen Parameter aus dem BVG	Zustimmung
	16.3350 Entpolitisierung der technischen Parameter im BVG	Zustimmung
18.09.2019	18.050 Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten. Differenzen.	Zustimmung
NATIONALRAT		EMPFEHLUNG
11.09.2019	18.441 Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative	Zustimmung
	18.052 VI Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie	Ablehnung
16.09.2019	19.026 Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative).	Ablehnung
17.09.2019	18.050 Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten. Differenzen.	Bedingte Zustimmung
18.09.2019	19.3418 Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität	Zustimmung

STÄNDERAT

09.09.2019

19.3946 Motion Ständerat (Bischof)

Neubehandlung der Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» im Parlament

Die Forderungen wurden bereits erfüllt.

Die Diskussion um die Einkommensbesteuerung ist wichtig. Die Forderungen des Motionärs wurden jedoch bereits erfüllt. Die Motion sollte entsprechend zurückgezogen werden.

12.09.2019

19.3738 Motion Ständerat (Müller)

Für einen modernen und flexiblen Elternurlaub

Die Motion wählt den falschen Ansatz für eine moderne und flexible Elternzeit.

In einer modernen Gesellschaft liegt die Verantwortung für die Betreuung der Kinder bei beiden Elternteilen. Die Karriererisiken die mit dem Kinderhaben verbunden sind, werden so geteilt und damit auch reduziert. Eine Elternzeit, statt einem Mutterschaftsurlaub und einem minimalen Vaterschaftsurlaub, ist deshalb ein Kernanliegen der *plattform*-Verbände. Die vorliegende Motion ist jedoch wenig zielführend. Zahlreiche Studien bestätigen einen positiven Zusammenhang zwischen der Dauer des Mutterschaftsurlaubs und der physischen und psychischen Gesundheit der Mutter. Eine Kürzung der gemäss dem von der Schweiz ratifizierten ILO-Übereinkommen über den Mutterschutz (Nr. 183) Mindestperiode von 14 Wochen Mutterschaftsurlaub ist nicht angezeigt. Nur 18% der erwerbstätigen Mütter nehmen bereits nach 14 Wochen ihre Erwerbstätigkeit wieder auf. Das heisst, dass Eltern einen der Realität angepassten Elternurlaub weitgehend selber finanzieren müssen und dass die ungleiche Aufteilung des Elternurlaubs zu einem Karrierekiller für Frauen wird. Die *plattform*-Verbände fordern eine Elternzeit von 14 Wochen pro Elternteil.

16.09.2019

18.034 Geschäft Bundesrat

Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)

Die Vorlage des Bundesrats ist nicht zivilstandsunabhängig und hat einen bescheidenen Erwerbseffekt.

Die Vorlage des Bundesrates führt zwar zu positiven Erwerbsanreizen für Zweitverdienende in Ehepaarhaushalten, jedoch nur bei Ehepaaren mit ähnlichen Einkommen. Entsprechend liegt der Erwerbseffekt rund ein Drittel tiefer als bei der Einführung einer reinen Individualbesteuerung. Zusätzlich wirkt die Vorlage des Bundesrates deutlich zu Gunsten der verheirateten und eingetragenen Partner, während bei Konkubinaten mit Kindern eine Mehrbelastung stattfindet. Das vom Bundesrat vorgeschlagene System erfüllt das Gebot der Zivilstandsunabhängigkeit somit nicht. Die *plattform* fordert ein zivilstandsunabhängiges Steuersystem, wie zum Beispiel das im Mai von der Müller-Möhl Foundation präsentierte System der «Modifizierten Individualbesteuerung» ([Link](#)), welches unabhängig vom Zivilstand, eine Entlastung der Haushalte mit Kindern erreicht. Sofern im Rat kein Antrag auf eine modifizierte Individualbesteuerung

gestellt wird, soll auf das Geschäft nicht eingetreten werden und eine Rückweisung an die Kommission beantragt werden.

17.09.2019

19.3746 Motion Ständerat (Föhn)

Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Sicherheit des Landes: Rückweisung des institutionellen Rahmenabkommens an die EU

Die Rechtshoheit der Schweiz würde mit dem Rahmenabkommen nicht eingeschränkt.

Eine Übernahme von EU-Rechtsvorschriften in nationales Recht würde auch in Zukunft immer nur unter Einhaltung unserer eigenen Rechtssetzungsverfahren erfolgen. Es gilt dabei eine Umsetzungsfrist von zwei Jahren. Wird gegen einen Gesetzesentwurf das Referendum ergriffen, erhält die Schweiz ein weiteres Jahr Zeit, um dieses durchzuführen. Der Rahmenvertrag respektiert somit das direktdemokratische System der Schweiz vollumfänglich. Entscheidet die Schweiz einen EU-Rechtsakt nicht zu übernehmen, hat die EU die Möglichkeit, verhältnismässige Gegenmassnahmen ergreifen. Über die Verhältnismässigkeit entscheidet das Schiedsgericht.

16.3350 Motion Nationalrat (SGK)

Entpolitisierung der technischen Parameter im BVG

und

12.414 Parlamentarische Initiative Nationalrat (Bortoluzzi)

Herauslösung der technischen Parameter aus dem BVG

Die *plattform* unterstützt eine Weiterführung der Diskussion der beruflichen Vorsorge im Parlament.

Der Bundesrat hat sich nach dem Scheitern der Reformvorlage Altersvorsorge 2020 für ein getrenntes Vorgehen bei den beiden Säulen der Altersvorsorge entschieden. Die Kommission SGK-S will das Geschäft sistieren, um der neuen Vorlage nicht vorzugreifen. Für die SGK-N sind die Entpolitisierung von Mindestumwandlungssatz und Mindestzinssatz wichtige Anliegen. Sie will die Debatte zu den beiden Geschäften jetzt führen. Die *plattform* unterstützt den Antrag, die Geschäfte weiter zu beraten. Die Thematik ist im Sozialpartnerkompromiss nicht angesprochen.

18.09.2019

18.050 Geschäft Bundesrat

Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten

Zustimmung Variante Ständerat.

Für Eltern sind vermehrt Erwerbsanreize zu setzen. Die Kosten der familienexternen Kinderbetreuung in der Schweiz sind im internationalen Vergleich sehr hoch. Gerade für gut qualifizierte Eltern, lohnt es sich finanziell oft nicht, nach dem zweiten Kind weiterzuarbeiten. Eine Anpassung der Abzüge ist deshalb dringend notwendig und sollte, um einen grösseren Erwerbseffekt zu erzielen, auch auf kantonaler- und Gemeindeebene angewandt werden. Eine Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs ist jedoch abzulehnen.

11.09.2019

18.441 Parlamentarische Initiative Ständerat (SKG)

Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative

Ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub als Teil einer Elternzeit ist denkbar.

Ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub, wie von der Kommission vorgeschlagen, verfehlt die Gleichstellungs-, Vereinbarkeits- und Arbeitsmarktziele welche die *plattform* unterstützt und zementiert eine überholte Rollenteilung zwischen den Eltern. Der volkswirtschaftliche Nutzen einer Elternzeit ist jedoch unbestritten. Die *plattform* fordert deshalb weiterhin eine **Elternzeit von je 14 Wochen** für beide Elternteile. Ein zweiwöchiger, geburtsbezogener Vaterschaftsurlaub kann Teil davon sein. Dem Gegenvorschlag kann deshalb zugestimmt werden.

18.052 Geschäft Bundesrat

VI Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie

Ein vierwöchiger Urlaub bringt keinen volkswirtschaftlichen Nutzen und zementiert überholte Rollenbilder.

Ein vierwöchiger Vaterschaftsurlaub, wie von der Volksinitiative vorgeschlagen, verfehlt die Gleichstellungs-, Vereinbarkeits- und Arbeitsmarktziele welche die *plattform* unterstützt und **zementiert eine überholte Rollenteilung** zwischen den Eltern. Der volkswirtschaftliche Nutzen einer Elternzeit ist jedoch unbestritten. Die *plattform* fordert deshalb weiterhin eine **Elternzeit von je 14 Wochen** für beide Elternteile.

16.09.2019

19.026 Geschäft Bundesrat

Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative).

Die Kündigung der Personenfreizügigkeit bedeutet die Kündigung aller Abkommen der Bilateralen I.

Die EU ist die wichtigste Handelspartnerin der Schweiz. Der freie Austausch von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen zwischen der Schweiz und der EU ist für die Schweizer Wirtschaft unabdingbar. Die Schweiz profitiert enorm von den Bilateralen I und diese sind in der Bevölkerung gut abgestützt. Es ist fahrlässig zu behaupten, dass in der Schweiz genügend Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt gewonnen werden könnten. Auch eine Rückkehr zum bürokratischen Altraum des Saisonier-Statuts ist abzulehnen. Die *plattform* wehrt sich gegen diesen Frontalangriff auf den Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz.

17.09.2019

18.050 Geschäft Bundesrat

Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten

Zustimmung Position Ständerat.

Für Eltern sind vermehrt Erwerbsanreize zu setzen. Die Kosten der familienexternen Für Eltern sind vermehrt Erwerbsanreize zu setzen. Die Kosten der familienexternen Kinderbetreuung in der

Schweiz sind im internationalen Vergleich sehr hoch. Gerade für gut qualifizierte Eltern, lohnt es sich finanziell oft nicht, nach dem zweiten Kind weiterzuarbeiten. Eine Anpassung der Abzüge ist deshalb dringend notwendig und sollte, um einen grösseren Erwerbseffekt zu erzielen, auch auf kantonaler- und Gemeindeebene angewandt werden. Eine Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs ist jedoch abzulehnen.

18.09.2019

19.3418 Motion Nationalrat (WBK)

Massnahmen zur Verringerung sozialer Selektivität

Zustimmung: Massnahmen in der kommenden BFI-Botschaft verankern.

Der Bildungsbericht 2018 hat eindrücklich gezeigt, dass im Schweizer Bildungssystem noch keine Chancengleichheit herrscht. Die Konsequenzen ziehen sich durch die ganze Bildungs- und Berufskarriere hindurch und die Konsequenzen sind auch hier brachliegendes Potenzial für den Arbeitsmarkt. Eine Investition in die frühkindliche Bildung verringert erwiesenermassen Unterschiede aufgrund von sozialer oder kultureller Herkunft. Der Vermittlung von Grundkompetenzen kommt dabei auf allen Stufen eine wichtige Rolle zu, insbesondere auch bei Erwachsenen. Angebote, welche den Übergang zwischen Sek-I- und Sek II-Stufe erleichtern und den Verbleib in der Sekundarstufe II in schwierigen Situationen sichern, müssen gestärkt werden. Die Quote der Sek-II-Abschlüsse bei 25-Jährigen liegt bei 91% und verfehlt damit das bereits 2011 gesetzte 95%-Ziel. Auch im Bereich der Weiterbildung und der höheren Berufsbildung sieht die *plattform* grosse Chancen, die Arbeitsmarktfähigkeit breiter Personengruppen zu sichern und zu entwickeln.

Weitere Auskünfte:

Dr. Ursula Häfliger

Verantwortliche Politik beim Kaufmännischen Verband und Koordination *plattform*

T +41 44 283 45 78, politik@kfmv.ch